

Jacek Tittenbrun Der polnische Weg zum Kapitalismus

1. Nach dem »Big Bang«

Fast drei Jahre sind seit dem Zusammenbruch des sogenannten kommunistischen Regimes in Polen vergangen. Zwar ist die Bewertung der folgenden postkommunistischen Regierungen noch immer Gegenstand heftiger politischer Kontroversen, doch ist genug Zeit vergangen, um eindeutig zu sehen, daß die meisten Vorhersagen und Versprechungen, die im Verlauf der historischen Veränderungen gemacht worden sind, nicht erfüllt wurden. Damit soll nicht in Abrede gestellt werden, daß mit dem Wirtschaftsprogramm der von Solidarnosc-Anhängern besetzten Regierungen einiges erreicht wurde, es handelt sich dabei aber höchstens um Teilerfolge.

Die polnische Währung ist zwar inzwischen fast völlig konvertibel, aber um den Preis einer erheblichen Abwertung, die auch die Ersparnisse der Bevölkerung entwertete. Der Kampf gegen die Inflation war ein Pyrrhussieg, da die Inflationsrate auf Kosten einer ungeheuren Abnahme von Nachfrage und Einkommen gesenkt wurde. Die Warteschlangen sind vielleicht kürzer geworden, aber hauptsächlich weil sich die Menschen die angebotenen Waren nicht mehr leisten können. Damit verblassen auch diese positiven ökonomischen Veränderungen.

Das Ausmaß der Disparität zwischen den Vorhersagen und der Realität illustrieren die folgenden Zahlen: Die Regierung kündigte Anfang 1990 an, daß die Abnahme der Industrieproduktion in diesem Jahr die 5%-Marke nicht überschreiten würde. Tatsächlich fiel sie nach offiziellen Angaben gegenüber 1989 um 24,2%, nach unabhängigen Expertenschätzungen sogar um beinahe 29% (*The Economist* 1991: 5). Das Volkseinkommen sollte nur um 3,1% fallen, aber Ende 1990 war es um 15% (eventuell sogar um 21%) gefallen. Das BSP Polens nahm um 11,6% ab, und das Investitionsvolumen um 10,1%. Die Reallöhne sollten höchstens um 20% sinken, in Wahrheit sanken sie um 27,6%. Die Einkommen der Gehalts- und Lohnempfänger fielen sogar um 36% (*Zycie Gospodarcze* 4, 1992: 7). Die Zahl der Arbeitslosen betrug mehr als 1,1 Million, während die Vorhersagen von 400 000 ausgegangen waren. Die jährliche Inflationsrate betrug anstelle von 20% erstaunliche 586%.

Im folgenden Jahr war die Lage ähnlich. Die Regierung kündigte an, daß das polnische Volkseinkommen um etwa 4% steigen würde, das BSP um 3 bis 4%, die Industrieproduktion um 5,5%, das Investitionsvolumen um 20%, usw. Die Realität sah ganz anders aus. Die jährliche Inflationsrate

erreichte 74% anstelle der erhofften 36%. Die Produktionskapazität fiel gegenüber 1990 um 14,2% und die Investitionen um 9,9% (*Zycie Gospodarcze* 5, 1992: 1). Das Volkseinkommen fiel um 8 bis 10% und das BSP um 9,3%. Ende des Jahres betrug die Arbeitslosigkeit, gemäß den offiziellen, heruntergerechneten Zahlen 11,8%. Die Konsumausgaben stiegen um magere 2 bis 3%, statt um 11 bis 13%. Hinzu kommen die drastischen Kürzungen der öffentlichen Ausgaben in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Kultur usw. 1991 waren die Staatsausgaben im Bildungsbereich um 22,5% niedriger als 1990, im Gesundheitsbereich um 16,2%, für Erholung, Tourismus und Sport um 51,6% (*Zycie Gospodarcze* 23, 1992: 4). Der polnische Wohlfahrtsstaat, der vorher schon unzulänglich war, wurde drastisch beschnitten.

In einer im Oktober 1991 durchgeführten Umfrage stimmten bloß 9% der Befragten der Aussage zu: »Viel hat sich zum Besseren geändert«, 13% zogen die Feststellung vor »Die Lage ist etwas schlechter geworden«, während 22% die Situation als »viel schlechter« einschätzten, 17% fanden, daß sich »praktisch nichts geändert hat«. Und über 71% meinten, der Preis, den die Bevölkerung für die Veränderungen bezahlt habe, sei zu hoch gewesen. Nur 15% glaubten, daß es »der angemessene Preis« sei (*The Warsaw Voice* 22.-29. Dezember 1991: 8). Für die Mehrheit der polnischen Bevölkerung wiegen die durch das Wirtschaftsprogramm der Regierung erlittenen Verluste offensichtlich weitaus schwerer als die damit erreichten Vorteile.

2. Zufall oder Absicht?

Die Einschätzung der Bevölkerung bestätigt lediglich die Kritik vieler in- und ausländischer Ökonomen an dem Wirtschaftsprogramm der Regierung. Von Anfang an betonten sie, daß eine »Schockbehandlung« - der schnelle Übergang vom Plan zum Markt - die ganzen oben genannten negativen Phänomene mit sich bringen würde. Die Behauptung, daß dies die unausweichlichen Kosten des Übergangs zum Markt seien, sind wenig glaubwürdig. Allerdings ist auch die Schlußfolgerung fragwürdig, daß diese immensen Kosten lediglich von zwei Hauptfehlern im Regierungsprogramm herrühren: der zu großen Geschwindigkeit der Reformen, sowie dem Rückzug des Staates aus allen ökonomisch regulierenden Funktionen, was dazu führte, daß der Markt sich selbst überlassen blieb. Mit dieser Einschätzung wird das Problem aber nur oberflächlich erfaßt. Die ersten beiden von Solidarnosc geführten Regierungen ignorierten alle Warnungen und verfolgten unbeirrt ihren Kurs, mit der Begründung, je schneller die Transformation vorangehe, desto eher beginne der Auf-

schwung.¹ Aber der erwartete Aufschwung kam nicht voran. Auch die dritte Regierung, die von Jan Olszewski geführt wurde, der aufgrund des wachsenden Unmuts in der Bevölkerung ab und zu Lippenbekenntnisse zur Notwendigkeit einer Kursänderung ablegte, hielt an der bisherigen Wirtschaftspolitik fest. Diese Tatsachen legen nur eine plausible Erklärung des Verhaltens der Regierung nahe.

Die extrem hohen sozialen und ökonomischen Kosten der Schocktherapie sind nicht das Resultat irgendwelcher Fehler oder der Unerfahrenheit, sondern einer bewußt konzipierten Politik. Das Hauptziel dieser Politik war die schnellstmögliche Einführung des Kapitalismus in Polen. Diesem Hauptziel sollte alles andere untergeordnet werden, egal zu welchen Kosten. Die Richtung, das Tempo und die Methoden der marktwirtschaftlichen Reformen wurden ideologisch bestimmt und nicht ökonomisch oder aufgrund von Kosten/Nutzen Erwägungen. Der durch den IWF ausgeübte Druck war sicher auch ein wichtiger Faktor, aber die Ansichten des IWF stimmten auch mit dem stark marktwirtschaftlich orientierten Regierungsteam unter Polens Finanzminister Leszek Balcerowicz überein.

Die Freigabe der Preise und die Begrenzung der Inflation (mittels strenger Kontrolle der öffentlichen Ausgaben) liefern günstige Bedingungen für die Entwicklung des Kapitalismus. Die Kürzung der Löhne und Sozialabgaben sollte die Lohnstückkosten senken und somit hohe Profite für neue Kapitalisten sichern und ausländisches Kapital anziehen. Aufgrund der Massenarbeitslosigkeit sollte eine industrielle Reservearmee entstehen, die entsprechend der Phillips-Kurve zu niedrigen Löhnen führt, was natürlich dem Vorteil der Arbeitgeber dient. Eine extrem restriktive Steuer- und Geldpolitik, einschließlich hoher Zinssätze und Kreditbeschränkungen für die Staatsunternehmen, zielte darauf ab, diese Unternehmen zu ruinieren oder zumindest zu schwächen, um ihre Privatisierung zu fördern. Staatsunternehmen konnten zu Dumping-Preisen verramscht werden, wobei die Belegschaften und die Manager selbst auf die Privatisierung drängten, um der Strafsteuer für Lohnerhöhungen, die bei Privatunternehmen nicht angewandt wurde, zu entgehen.

Der Staat war ebenfalls bemüht, optimale »Treibhausbedingungen« für die ursprüngliche Akkumulation von Kapital herzustellen. Ein derartiger Prozeß setzt die Bereicherung einer Klasse von potentiellen Kapitalisten voraus, denn deren Wohlstand ist für die Organisation kapitalistischer Unter-

1 Jeffrey Sachs, ein Berater der polnischen Regierung und einer der Hauptarchitekten der Marktformen in Polen, äußerte häufiger: »Man springt nicht in zwei Sprüngen über den Graben«, und: »Eine langsame Einführung der Reformen wäre einem Beschluß in Großbritannien vergleichbar, den Übergang vom Links- zum Rechtsverkehr zunächst nur für LkWs einzuführen« (*The Warsaw Voice*, 31. Mai 1992: B2).

nehmen notwendig. Die Bildung solchen Reichtums wird vom Staat mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützt: von zollfreien oder minimalen Zöllen unterworfenen Privatimporten, praktisch unkontrolliertem und unverzolltem Straßenhandel, über Steuerkredite und -begünstigungen für die Privatwirtschaft² bis hin zu Schlupflöchern im Rechts- und Steuersystem, die zu enormen Erträgen führen sowie der weitverbreiteten Korruption von Staatsbeamten. Die spektakulärsten Formen der »Bourgeoisifizierung«, sind die »Insider-Privatisierungen«, bei denen die Manager der Staatsbetriebe zu ihren Besitzern werden.

3. Der »Laffer-Effekt«, ganz groß

Welches sind die Ergebnisse dieser Politik des erzwungenen Marsches zum Kapitalismus? Bis jetzt führte die Austrocknung des staatlichen Bereichs höchstens zu einem Teilerfolg. Staatsbetriebe müssen die sogenannte »Dividende« bezahlen, d.h. eine Vermögenssteuer auf der Grundlage ihres mit der Inflationsrate multiplizierten früheren Wertes. In den meisten Fällen ist diese Dividende zusammen mit anderen Steuern und den explodierenden Zinszahlungen höher als der Unternehmensprofit. 1991 lag die Steuerlast der staatlichen Firmen um 26,4% über ihrem durchschnittlichen Bruttoprofit (*Zycie Gospodarcze* 28, 1992: 5). Trotz des Drucks der restriktiven Geld- und Fiskalpolitik der Regierung, schaffen es die staatlichen Firmen, sich irgendwie über Wasser zu halten. Sie verkaufen Aktiva oder harte Devisen, schreiben Buchgewinne, gewähren einander Kredite oder die den Bankiers und Lieferanten geschuldeten Summen, ja selbst die Steuern, werden einfach nicht mehr bezahlt. Ende 1991 schuldeten die Staatsunternehmen dem Staatshaushalt 29 Billionen Zloty an unbezahlten Steuern Überbesteuert und von Krediten abgeschnitten, von der Schuldenlast erdrückt und ohne Märkte (die aufgrund der zurückgehenden Nachfrage zusammenbrechen), kämpfen Tausende von staatseigenen Unternehmen weiter.

Somit schlug die Regierungspolitik völlig fehl. Bei der öffentlichen Hand setzte sich das Laffersche Gesetz durch: eine übermäßige Ausweitung der Besteuerung führt schließlich zu einem sinkenden Steueraufkommen, da die Unternehmen die Steuern nicht mehr zahlen können und sich der Besteuerung entziehen. Immer mehr Staatsunternehmen befinden sich auf

2 1991 war die Steuerlast pro Kopf in der Privatwirtschaft nur halb so groß wie bei den Öffentlichen Unternehmen (*Polityka* 3, 1992: 4). 1988 lieferten die Staatsunternehmen 71,6% des Bruttosozialprodukts, 1989 noch 69,9% und 1990 68%. Ihr Beitrag zum öffentlichen Budget stieg im gleichen Zeitraum von 84,8% über 84,1% auf 92,7% (*Zycie Gospodarcze* 22, 1992: 14).

der Schwelle zum Bankrott - der Anteil der Firmen, die noch vor dem Steuerabzug rote Zahlen schreiben, belief sich Ende April 1992 auf 46 % (*Zycie Gospodarcze* 24, 1992: 1) - die Staatseinkünfte fielen drastisch. 1991 betrug das Haushaltsdefizit 3,8% des BSP (*Zycie Gospodarcze* 28, 1992: 5), was weit über der mit dem IWF vereinbarten Zielgröße lag. Deshalb wurden die Gespräche mit dem Fonds und weitere Kredite suspendiert. Die prokapitalistische Politik der Regierung wurde ironischerweise durch die führende kapitalistische Institution gerade nicht belohnt; Geldmittel zur Förderung der Privatwirtschaft blieben aus und eine Vereinbarung mit dem Pariser Club über einen teilweisen Schuldenerlaß, der den Übergang zum Kapitalismus für das Land immens erleichtern könnte, wurde ausgesetzt.

Mittlerweile steht die polnische Regierung vor einem weiteren schwerwiegenden Problem, nämlich den riesigen, uneinbringlichen Forderungen der Banken. Man schätzt, daß 40% der Kredite der Staatsunternehmen zu dieser Kategorie gehören, der Gesamtbetrag der notleidenden Kredite beziffert sich auf unglaubliche 200 Billionen Zl. Der *Economist* führte aus, daß bei einer realistischen Einschätzung der Vermögensbestände der Banken keine Zinsen auf die Einlagen mehr gezahlt werden und diese auch nicht mehr zurückgezahlt werden könnten.

»Die Regierung, die schon jetzt krampfhaft gegen das Haushaltsdefizit kämpft, müßte die Einleger selbst ausbezahlen. Die einzige Möglichkeit hierzu wäre eine drastische Steuererhöhung. Dann würde die Regierung aber nur mit der einen Hand geben, was sie mit der anderen Hand nimmt und die Wirtschaft noch tiefer in die Rezession treiben. Eine ebenfalls ungangbare Alternative wäre das notwendige Geld zu drucken, um die Einleger auszuzahlen, doch würde dies sehr schnell zu einer Hyperinflation führen (Manasian 1991: 23).

Ein noch größeres Problem stellen die Schulden zwischen den Unternehmen dar. Die Regierung muß es sich daher zweimal überlegen, ob sie den Konkurs irgendeiner großen Firma zuläßt, da dies eine Kettenreaktion von Zusammenbrüchen hervorrufen könnte, was zu einer erhöhten Arbeitslosigkeit führen und die verzweifelten Menschen eventuell auf die Straße treiben würde.

Abgesehen von den erzwungenen Handelskrediten versuchen sich die staatlichen Unternehmen durch den direkten Austausch von Gütern zu retten. Somit hat die Politik, die den Übergang zum kapitalistischen Markt beschleunigen sollte, stattdessen eine Ökonomie produziert, die zum primitiven Stammesaustausch degeneriert ist.

4. Die Privatwirtschaft und ihre Rückseite

Die Begünstigung der Privatwirtschaft durch die Regierung brachte ebenfalls viele perverse Effekte mit sich. Rein zahlenmäßig gesehen blühte die

Privatwirtschaft auf. Ende 1991 gab es etwa 1,5 Millionen Privatunternehmen, d.h. 25,6% mehr als im Vorjahr (*Zycie Gospodarcze* 11, 1992: 1). Bei der überwiegenden Mehrheit handelt es sich dabei jedoch um einfache Selbstständige. Die Zahl der mittleren oder großen Unternehmen (welche über 20, und in der Bauindustrie über 50 Personen beschäftigen) beträgt nur etwa 3500 (*Polityka* 22, 1992: 3). Bei ihren verzweifelten Bemühungen, die Entstehung und das Wachstum von Privatunternehmen zu fördern, war die Regierung nicht in der Lage, das massenhafte Scheitern dieser Unternehmen zu verhindern. Unter dem Einfluß einer langandauernden, brutalen Rezession, die von der Regierungspolitik selbst hervorgebracht wurde, gingen mindestens 300 000 Privatunternehmen unter (*Wprost* 13, 1992: 45). Eine Folge davon war die Entstehung des illegalen Teils der Privatwirtschaft.

Fast alle Privatunternehmungen haben ihre »graue« oder »schwarze« Rückseite: unkontrollierte Steuerhinterziehung, Kapitalflucht³, Unterschlagung von Lohnzahlungen, nicht gemeldete Erträge und Gewinne. Die unbesteuerte und illegale Produktion von Gütern und Dienstleistungen ist zum »way of life« für Polens Privatwirtschaft geworden. Neben der Ausnutzung von Gesetzeslücken und anderen Unzulänglichkeiten, sind diese informellen Aktivitäten nicht so sehr als Reaktion auf hohe Steuern (da die Besteuerung der Privatwirtschaft ohnehin sehr nachsichtig ist) zu betrachten, als vielmehr als Reaktion auf astronomisch hohe Zinssätze und eine stagnierende Nachfrage aufgrund der von der Regierung induzierten Rezession. Das Vermeiden von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen ermöglicht vielen Unternehmen die Einsparung von Kosten und die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit.

Natürlich sollten die »antizyklischen«⁴ Auswirkungen dieser Schattenwirtschaft nicht unterschätzt werden. Die katastrophalen Auswirkung der derzeitigen Rezession sind bis zu einem gewissen Grade von der expandierenden Schattenwirtschaft abgemildert worden. Das Wachstum dieser illegalen Seite der Privatwirtschaft ist nicht zuletzt ein Grund dafür, warum es trotz einer hohen offiziell Arbeitslosenrate nicht zu Ausschreitungen in den Straßen kommt. Die von der Schattenwirtschaft verursachten Schäden sind jedoch weitaus größer als deren positive Wirkungen.

Weit davon entfernt, ein nützliches Schmiermittel für die offizielle Ökonomie zu sein, wird diese von der Schattenwirtschaft sogar untergraben. Die Schattenwirtschaft ist eine Bargeldökonomie, und sie zwingt den Bar-

3 Die in jüngster Zeit ins Ausland abgeflossene Kapitalmenge wird auf mindestens 2 Milliarden Dollar geschätzt (*Nie* 17, 1992: 3).

4 Ich verwende an dieser Stelle Anführungszeichen, da eine Standardtheorie der Konjunkturzyklen kaum auf die junge polnische Wirtschaft anwendbar ist.

geldverkehr auch der übrigen Privatökonomie auf. Bargeld-Transaktionen sind natürlich keine Merkmale des modernen Kapitalismus. Wenn Geld von Hand zu Hand wechselt, sind die Möglichkeiten betrügerischer Transaktionen viel größer als im bargeldlosen Geschäft. Hinzu kommt, daß auch häufig nicht bezahlt wird, da die privaten Unternehmer einander hintergehen. All diese pathologischen Phänomene verlangsamten die monetäre Zirkulation und verursachen Diskontinuitäten im ökonomischen Kreislauf, abgesehen davon, daß sie der Regierung und den Banken die Lenkung des ökonomischen Prozesses und der Kapitalzirkulation sowie die Geldpolitik erschweren, wenn nicht gar verunmöglichen.

Die wenigen ehrlichen Unternehmer werden von skrupellosen Geschäftsleuten in die Ecke gedrängt und vor die Alternative gestellt: entweder Bankrott oder Schattenwirtschaft. Sollten Schwindel, Schmuggel und anderer Schwarzhandel ein Verhaltensmuster für polnische Geschäftsmänner werden, wäre dies ein schlechtes Omen für die Zukunft des polnischen Kapitalismus. Die Ausdehnung der Schattenwirtschaft wurde weithin als Beweis für einen zunehmenden Unternehmergeist angesehen. Aber den Kapitalismus vorwiegend, wenn nicht gar ausschließlich, mit den Händen von Kriminellen und skrupellosen Geschäftsleuten aufzubauen, ist wenig erfolgversprechend. Die Logik des Marktes sollte nicht mit der Logik des Schwarzmarktes verwechselt werden, und letztere zu erlernen führt nicht zum Begreifen der ersten.

Die irregulären Machenschaften, die Polens Wirtschaft durchziehen, tragen nicht nur zur ökonomischen und finanziellen Anarchie, Ineffizienz und Rückständigkeit bei, sie schädigen auch die polnische Gesellschaft als Ganze. Systematischer Betrug untergräbt das Vertrauen zwischen den Menschen wie auch zwischen dem Volk und der Regierung. Es zerstört den Respekt vor den Gesetzen und den Regelungen des Landes und zerfrißt das moralische Klima der Gesellschaft, wodurch in der Bevölkerung ein wild wuchernder Zynismus entsteht. Unter diesen Bedingungen wird in Polen allenfalls ein Kapitalismus von lateinamerikanischem Zuschnitt entstehen.

5. Die Privatisierung und die Börse

Trotz der Bedeutung, die die Regierung den oben genannten Privatisierungen von unten, der »kleinen Privatisierung« beimaß, war die »Entstaatlichung« stets ihr wichtigstes Ziel. Die Gründe für diese Prioritätenfolge sind unschwer zu finden. Die Privatisierung von unten ist notwendigerweise ein langsamer Prozeß. Dagegen schien die Umwandlung von Tausenden von staatlichen Firmen in Privateigentum unmittelbar zu einer

Gesellschaft von Eigentümern zu führen. Gemäß den ambitiösen Regierungsplänen soll die Hälfte der Öffentlichen Unternehmen bis Ende 1993 privatisiert sein. Ist dieses Ziel realistisch?

Wie vieles andere auch läuft Polens Privatisierungsplan nach dem Motto ab »laß die linke Hand nicht wissen was, die rechte tut«. Was anfänglich als wichtigste Privatisierungsstrategie gedacht war, der Verkauf von Aktien der Staatsunternehmen an das Publikum, stellte sich als besonders schwierig heraus. Dieser elegante, britische Weg der Privatisierung brachte bisher nur magere Resultate hervor. Die sich noch in den Kinderschuhen befindliche Warschauer Börse weist derzeit bloß 14 Firmen auf. Etwa 60 000 Anlagekonten wurden eröffnet, aktive Marktteilnehmer gibt es lediglich ein paar Tausend (*The Warsaw Voice*, 26. April 1992: 4; *Polityka* 20, 1992: 6). Verglichen mit ihren Ausgabepreisen, haben bis auf zwei Aktien alle an Wert verloren. In realen Größen ausgedrückt, liegen die Marktpreise aller Unternehmen unter den Anfangskursen. Dies zieht natürlich kaum neue Investoren und Firmen an. Die gezahlten Dividenden haben diese Kapitalverluste nicht wettmachen können. Nur zwei Firmen zahlten größere Dividenden, bei vier Firmen war die Dividende marginal, drei andere beschlossen, ihre gesamten Erträge zu reinvestieren, und vier verzeichneten Verluste.

Somit gelingt es der Börse nicht, ihre ökonomischen Funktion zu erfüllen: Ersparnisse anzuziehen und in den Investitionsprozess weiterzuleiten. Dies verlangsamt natürlich den gesamten Prozeß der Bildung privaten Kapitals. Damit potentielle Kapitalisten ihre Überschüsse ändern zur Verfügung stellen, müssen sie natürlich sicher sein, daß dies für sie von Vorteil ist. Wenn die Aussichten auf anständige Dividenden oder Kapitalgewinne gering sind, sind sie selbstverständlich nicht bereit, das Risiko des Kaufs von Aktien einzugehen. Falls die Menschen nach der Bezahlung ihrer Rechnungen überhaupt noch Geld übrig haben, wären sie besser beraten, dieses Geld auf ein Sparkonto einzuzahlen.

Die Ursachen für das geringe Interesse des Publikums an der Börse »mitzuspielen«, die Gründe für das kleine Volumen und die geringe Effizienz des polnischen Kapitalmarktes sind natürlich in der anhaltenden Depression und der damit verbundenen Abnahme des Lebensstandards zu suchen. Die Löhne und Gehälter der meisten Polen sind so niedrig, daß über das Existenzminimum hinaus nichts übrig bleibt.

Aus demselben Grunde fehlen der polnischen Börse die großen institutionellen Anleger, die in modernen kapitalistischen Ländern den Kapitalmarkt dominieren. Zur Begleichung ihrer Rechnungen, erst recht aber für Investitionen in Aktien, fehlen den Unternehmen die Finanzmittel. Die polnischen Banken befinden sich kaum in einer besseren Verfassung. Pen-

sionskassen und Kapitalanlagegesellschaften sind noch in weiter Ferne. Daher ist nicht damit zu rechnen, daß solche Institutionen das Geld zur Finanzierung der Entwicklung des polnischen Kapitalismus bereitstellen. Betrachtet man die mißliche Lage Polens aus einer anderen Perspektive, so kann man feststellen, daß die ökonomische Gesamtstrategie, die Beschleunigung der kapitalistischen Entwicklung durch die erzwungene Entwertung von Unternehmen, gescheitert ist. Die Regierung verfolgte eine brutale, deflationistische Politik, um die Nachfrage zu senken. Die Einkommen und der Lebensstandard gingen zurück, die Erträge nahmen beträchtlich ab, und im Jahre 1991 büßten ein Viertel der Staatsunternehmen die Kreditwürdigkeit ein. Dies führte zu einem Mangel an Käufern; das Angebot an zu privatisierenden Unternehmen übersteigt die Nachfrage bei weitem. Ein Beispiel ist die Liste von 400 staatseigenen Unternehmen, die für eine beschleunigte Privatisierung ausgewählt wurden. Diese Liste mußte halbiert werden, weil 200 der Unternehmen pleite waren (*The Warsaw Voice*, 10.11.1991: B2). Nach Angaben des stellvertretenden Ministers für Eigentumsübertragungen werden, wenn der Trend anhält, sämtliche zu privatisierenden Firmen schließlich insolvent sein (*Zycie Gospodarcze* 2, 1992: 8), so daß die Anzahl der unverkäuflichen Firmen noch weiter zunehmen würde.

Die unmittelbare Zukunft der meisten Firmen besteht eher in einem Kollaps als darin, einen Käufer zu finden. Wird aber tatsächlich ein neuer Besitzer gefunden (der meistens aus der eigenen Belegschaft stammt), so trägt diese Änderung des juristischen Status' wenig zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation bei. Die überwiegende Zahl privatisierten Unternehmen kämpft mit denselben Schwierigkeiten, wie die staatlichen Firmen: Verkäufe, Erträge und Profitraten nehmen ab (*Zycie Gospodarcze* 28, 1992: 5).

6. Kapitalismus ohne Kapital

Dies alles stellt das Mammutprogramm der Massenprivatisierung in Frage, das konzipiert wurde, um das Problem eines Kapitalismus ohne Kapital zu lösen. Die Regierung hätte allein aufgrund des geringen Umfangs der privaten Ersparnisse (die aufgrund der restriktiven Regierungspolitik noch weiter reduziert wurden), wissen müssen, daß die Privatisierung Jahre dauern würde, falls die Menschen ihre Ersparnisse überhaupt für diesen Zweck verwenden wollen. Es wird geschätzt, daß die privaten Ersparnisse lediglich 15% des Buchwertes der staatlichen Unternehmen entsprechen (*The Warsaw Voice*, 8.12. 1991: B2). Eine scheinbar einfache Lösung dieses Problems wurde vorgeschlagen: Warum sollte man die

Unternehmen nicht verschenken? Dies würde in kürzester Zeit eine Nation von Kapitalisten entstehen lassen.

Das Privatisierungsprogramm hat sich lediglich in der Rhetorik als stark erwiesen. Wie oben vermerkt, umfaßte die Liste der zu privatisierenden Unternehmen in der ersten Phase des Programms 400 Firmen und wurde schließlich auf 200 gekürzt. Was sind die Gründe dieses Zögerns? Offensichtlich hat sich die Regierung selbst eine Falle gestellt. Mit dem Zusammenbruch des gesamten staatlichen Bereiches werden sehr wahrscheinlich viele privatisierte Firmen pleite gehen und damit das ganze Programm diskreditieren. Die mit einer massiven Propagandakampagne geschürten Erwartungen der Bevölkerung werden enttäuscht werden. Auch das Verschenken der Aktien von Firmen, die vor dem Bankrott stehen, wird nicht das dringend benötigte Kapital liefern. Und ohne neues Investitionskapital werden sie vermutlich nicht überleben können.

7. Coca-Colonisierung

Dieses Investitionskapital, sowie das ebenfalls benötigte Know-how in Fragen der Technologie und des Managements könnte von ausländischem Kapital zur Verfügung gestellt werden. In der Tat fällt ausländisches Kapital vor allem durch seine Abwesenheit auf. Während westliche Geschäftsleute den Aufbau des Kapitalismus in Polen begrüßen, lassen sie ihren frommen Wünschen keine Taten folgen. Polnische Politiker und Ökonomen haben vorschnell erklärt, daß die Privatisierung dem massiven Zustrom ausländischen Kapitals Tür und Tor öffnen würde. Doch der Prozeß der Privatisierung ist voll im Gange, und die versprochene Flut ist zu einem bloßen Rinnsal geschrumpft.

Die oben erwähnten Expertenaussagen, daß die Geschwindigkeit der Transformation das zentrale Anliegen westlicher Investoren sei, wird durch das ungarische Beispiel widerlegt. Obwohl in Ungarn keinerlei Schocktherapie versucht wurde und die Privatisierung sehr langsam vorgeht, entfielen auf Ungarn 3 Milliarden Dollar aus den insgesamt 4,7 Milliarden Dollar, die in Mitteleuropa investiert wurden. Polens Anteil beträgt bloß 700 Millionen Dollar (*Wprost* 29, 1992: 44). Der Pro-Kopf-Anteil der ausländischen Investitionen ist in Ungarn zehn mal höher als in Polen (*Zycie Gospodarcze* 26, 1992: IV). Mitte 1991 existierten 7000 *joint ventures* in Ungarn, im viel größeren Polen jedoch bloß 2290 (*Polityka* 1, 1992: 11). Gemäß der Zeitschrift *Institutional Investor* wird die Kreditwürdigkeit Polens als sehr niedrig eingeschätzt (25 Punkte auf einer Skala von 0 bis 100), während die Kreditwürdigkeit Ungarns viel höher angesetzt ist (41 Punkte) (*Wprost* 16, 1992: 18).

Die Gründe für das fehlende Interesse der westlichen Investoren liegen nicht bei der diese Investitionen betreffenden Gesetzgebung. In den vergangenen Jahren hat die polnische Regierung die Bestimmungen über die Kontrolle der ausländischen Investitionstätigkeit und die Rückführung von Gewinne gelockert oder ganz abgeschafft. Es gibt keine Begrenzung für die Höhe ausländischer Investitionen und auch 100%iges Eigentum von Ausländern ist erlaubt. Es gibt keine Beschränkungen hinsichtlich der Beschäftigung von Ausländern in Führungspositionen von Firmen mit ausländischer Beteiligung. Solche Firmen sind während der ersten drei Jahre ihres Betriebs von Steuern befreit und dieser Steuererlaß wird oft um weitere drei Jahre verlängert. Insgesamt ist die polnische Gesetzgebung im Hinblick auf ausländische Investitionen liberaler als die Gesetzgebung der meisten, wenn nicht aller mittel- und osteuropäischen Staaten. Wichtiger sind solche Hürden wie die marode Infrastruktur, insbesondere bei der Telekommunikation, oder die noch immer erdrückende Last der Zinszahlungen, die dazu führt, daß sich Polen stets am Rande des Staatsbankrotts befindet. Allerdings läßt auch die Gesetzeslage noch zu wünschen übrig: Welche seriösen Geschäftsleute würden schon in einem Land investieren, in dem Firmen nicht einmal ihre Forderungen bei anderen Firmen einklagen können? Zusätzlich werden ausländische Investoren durch die Existenz eines riesigen wirtschaftlichen Untergrundes abgeschreckt, wodurch, wie es ein polnischer Geschäftsmann formulierte,

»sich die polnische Wirtschaft in totalem Chaos befindet; mehr als die Hälfte aller Konsumgüter werden mehr oder weniger illegal gehandelt. Es ist schwer vorstellbar, daß eine Firma, welche ihre ersten Schritte in Polen unternimmt, eine Geschäftsplanung vornehmen könnte, wenn die Güter, die sie herstellen soll, bereits illegal verkauft werden. Die Preise solcher Güter sind um einiges niedriger, da keine Zölle und Steuern bezahlt wurden ... ohne ein bißchen Ordnung in das Zollsystem einzuführen, ohne die Schließung der Lücken in den Grenzen - was im Interesse des Staatsbudgets wäre - sind ausländische Investitionen undenkbar« (*The Warsaw Voice*, 19. Juli 1992: 82).

Die Korruption grassiert in der gesamten Bürokratie. Die andauernde ökonomische Krise führt zu häufigen Regierungswechseln, so daß ein Investor mit stets neuen Behördenvertretern verhandeln und stets wieder von Neuem beginnende Gespräche führen muß. Polen befindet sich nach wie vor in einer tiefen Rezession bei gleichzeitiger Inflation. Auch aus diesem Grunde vermag der potentielle Vorteil Polens, die niedrigen Löhne, ausländisches Kapital nicht anzuziehen. So sieht es auch die volkswirtschaftliche Abteilung der Commerzbank: das »Lohnniveau ist tief, aber angesichts der Gesamtbefindlichkeit der Ökonomien Osteuropas, kann dieser Wettbewerbsvorteil zur Zeit nicht ausgenutzt werden« (*The Economist*, 17. August 1991: 60).

Die Regierungspolitik und die damit verbundenen Härten verursachen Demonstrationen, Streiks und Straßenblockaden. Betriebliche Auseinandersetzungen flammen überall im Lande auf. Ein derartiges Klima trägt nicht dazu bei, Polen als Investitionsstandort beliebt zu machen. Westliche Kapitalisten wollen nicht eher in Polen investieren, als bis die Arbeiter dort sind, wo sie hingehören, nämlich ganz unten. »Wer will denn schon ein Unternehmen kaufen, in dem die Belegschaft streikt?« (Seddon 1990: 508).

Somit enthielt die Anklage in Lech Walesas Rede vor dem Europäischen Rat in Straßburg mehr als ein Körnchen Wahrheit: »Der Westen sollte uns helfen, stattdessen hat er nur unsere Märkte geplündert« (*The Warsaw Voice*, 22. März 1992: 88). Westliche Firmen betrachten Polen vor allem als Absatzmarkt für ihre Produkte. Und damit können sie Erfolge verbuchen: ausländische Waren verfügen über einen Anteil von 80% der in polnischen Läden und Supermärkten verkauften Güter. Diese Coca-Colonisierung ist ein weiteres Phänomen, das Polen in die Nähe von Drittweltländern rückt.

Die tatsächlich getätigten Investitionen können als »Rosinenpickerei« bezeichnet werden, denn nur die schönsten Rosinen im Kuchen sind für die ausländischen Firmen interessant. Einige dieser »Rosinen« sind die Konkurrenten der westlichen Firmen. ASARCO will zum Beispiel die polnische Kupferindustrie übernehmen. Die Engländer möchten liebend gerne Polens Zuckerfabriken aufkaufen, erwiesenermaßen um sie aufgrund der Wettbewerbsfähigkeit von polnischem Zucker so schnell wie möglich zu schließen (*The Warsaw Voice*, 13.10. 1991: B2).

Die westlichen Firmen wollen diese »Rosinen« selbstverständlich so billig wie möglich bekommen. Beispielsweise hat Gerber 60% des Aktienkapitals des Rzeszower Obst- und Gemüseverarbeitungswerkes in Alima, dem größten Säuglingsnahrungsmittelproduzenten Mitteleuropas, für ganze 11,3 Millionen Dollar aufgekauft. Darüber hinaus ist Gerber von der Einkommenssteuer befreit worden. Diese Steuerbefreiung macht genau die Summe aus, die für die Alima-Aktien bezahlt wurde.

Die Politik der westlichen Konzerne besteht darin, nur die unmittelbar gewinnträchtigen Teile der aufgekauften Firmen zu behalten und den Rest zu verschrotten. So hat ABB, eine schwedisch-schweizerische Firma, nach dem Erwerb von neun polnischen Unternehmen zu Dumpingpreisen, unter anderem die zahlreichen Sozialeinrichtungen der Firmen aufgelöst: Kindergärten, Kinderhorte, Ferienhäuser, Wohnsiedlungen, Kliniken, Miethäuser für die Arbeitnehmenden usw. (*Polityka* 223, 1992: 4).

Ein Kapitalzufluß, der neue Technologien und Managementfertigkeiten mitbringt, ist notwendig, um die Lücken zu den fortgeschrittenen Län-

dem des Westens auf dem Gebiet der Technologie und des Managements zu schließen oder zumindest zu verkleinern. Und die Zeit vergeht schnell; aufgrund einer Vereinbarung mit der Europäischen Gemeinschaft muß Polen 1995 damit beginnen, seine Zölle einzuschränken und in den folgenden fünf Jahren sogar ganz abschaffen. Alles weist darauf hin, daß dieser Zeitraum nicht für die Modernisierung der polnischen Wirtschaft ausreichen wird. Diese Modernisierung erfordert Investitionen, die vom Staat nicht aufgebracht werden können und ausländische Kapitalgeber lassen auf sich warten. Demzufolge ist anzunehmen, daß »der kalte Windstoß des Wettbewerbs« nach der Grenzöffnung sämtliche noch verbleibenden Reste der polnischen Wirtschaft wegblasen wird.

Andererseits sind die wettbewerbsfähigsten Bereiche der polnischen Wirtschaft, nämlich Landwirtschaft, Textilien, Zement, Kohle, Kupfer, Eisen und Stahl sowie die Chemieindustrie, erheblichen nichttarifären Hemmnissen unterworfen, wie Kontingentierungen, Anti-Dumping-Regelungen, strengen Hygienebestimmungen und ähnliches. Zum Beispiel liegt das diesjährige Rindfleischkontingent (4000 Tonnen) niedriger als die tatsächlichen Exporte Polens in den letzten Jahren (*Zycie Gospodarcze* 10, 1992: 12). Zwischen der westlichen Propaganda der freien Marktwirtschaft und dem realen Protektionismus besteht eine augenfällige Diskrepanz. Doch selbst wenn die Europäische Gemeinschaft dazu gezwungen werden könnte, die freie Marktwirtschaft, die sie propagiert, auch zu praktizieren, würde dies nicht viel ändern. Polen sollte keine Illusionen hegen, daß sich der westliche Club je öffnen wird. Die Industrieländer ziehen es vor, Polen und andere osteuropäische Länder im Zustand der technologischen Abhängigkeit (Carchedi 1991: 286) zu belassen.

Technologien werden auch nicht durch Direktinvestitionen multinationaler Konzerne übertragen. Dies verdeutlicht das Beispiel von ABB. Dieses Unternehmen ist weltweit führend in der Elektrotechnik und Polens größter ausländischer Investor und Arbeitgeber. Der *Economist* schrieb über diese Firma, daß sie »bei ihrem Auftritt in Osteuropa das tatsächlich gezahlte Geld minimiert, indem sie moderne aber schon entwertete Maschinen einbringt - alt nach westlichem Standard, aber der osteuropäischen Ausrüstung um Jahre voraus« (*The Economist*, 29. Juni 1991: 70). Das abhängige Wachstum Polens begründet sich also auf veralteten, vom Westen ausrangierten Maschinen, und in der Folge wird Polen immer ein oder zwei Schritte hinter der im Westen vorherrschenden Technologie zurückbleiben. Technologieübertragungen durch den Außenhandel oder durch Direktinvestitionen werden keinen Wachstumsprozeß in Gang setzen können, der zu einer hohen technologischen Entwicklung führt (Carchedi 1991: 286) und dem Lande ermöglicht, dem Club der industriellen

»Kern«-Länder beizutreten. Dies wird durch die folgenden Schätzungen bekräftigt: Nach einer neueren Studie wären in Osteuropa jährlich etwa 1,5 Billionen Dollar an jährlichen Investitionen nötig, um die produktive Kapitalmenge pro Arbeiter innerhalb von zehn Jahren derjenigen des Westens anzugleichen (Collins, Rodrik 1991). Die Studie besagt, daß die Region im günstigsten Falle 90 Milliarden Dollar pro Jahr erwarten kann, im schlechtesten 30 Milliarden.

Meiner Ansicht nach täuschen sich die Autoren beim optimistischen Fall. Während Osteuropa auf jeden Fall westliche Investitionen in weitaus größerem Umfang bräuchte, als diejenigen des Marshall-Planes nach dem zweiten Weltkrieg, welcher nach heutigen Preisen den Transfer von etwa 300 Milliarden Dollar umfaßte (Haynes 1991: 77), dehnt sich die Weltwirtschaft heute nicht im selben Maße aus wie sie es nach 1945 tat. Stattdessen wird auch der Westen von einer Rezession geplagt. Außerdem ist zu berücksichtigen:

»1945 dominierten die USA die Weltwirtschaft und konnten es sich deshalb leisten, den Wiederaufbau zu fördern. Sie wußten, daß die eigene Wirtschaft davon erheblich profitieren würde. Heute ist die ökonomische Macht viel gleichmäßiger verteilt und die Situation viel stärker von der Konkurrenz geprägt. Kein Land ist bereit, ein anderes als Trittbrettfahrer zu dulden... Während jeder Staat betont, wie engagiert er den »östlichen Brüdern« hilft, versucht er dabei gleichzeitig den anderen den Vortritt zu lassen« (Haynes 1992: 77-78).

Nach besagter Studie wird der Löwenanteil des Geldes, aus naheliegenden Gründen, nach Ostdeutschland fließen. Die Gesamtmenge des 1991 nach Ostdeutschland transferierten Kapitals (etwa 160 Mrd. DM) war größer als das BSP Polens und 135 mal höher als die ausländischen Investitionen in Polen (Ostdeutschland entspricht etwa einem Drittel von Polen). Nichtsdestotrotz wurde berechnet, daß Ostdeutschland mit einer unmöglichen jährlichen Wachstumsrate von 17% (BSP pro Kopf) aufwarten müßte, um die Wohlstandslücke zwischen den beiden Teilen Deutschlands innerhalb von zehn Jahren zu schließen (bei einer westdeutschen Wachstumsrate von 2% annimmt) (*Wprost* 28, 1992: 15). Mit der gleichen Methode läßt sich zeigen, daß Polen eine jährliche Wachstumsrate von 17% haben müßte (das BSP pro Kopf lag 1990 bei etwa 1700 Dollar), um die EG innerhalb von 16 Jahren einzuholen (das durchschnittliche BSP pro Kopf beträgt dort etwa 15000 Dollar) - und dies ohne den bevorzugten Zugang zu einer der größten Quellen von Investitionskapital zu haben, über den Ostdeutschland verfügt. Nimmt man eine realistischere Wachstumsrate von 3% an, wird das EG-Niveau erst in 223 Jahren erreicht sein!

8. Die Management-Revolution nach polnischer Art

Die zahlenmäßig erfolgreichste Art der Privatisierung, die Liquidierung von Unternehmen und der Verkauf beziehungsweise Verleih ihrer Vermögensbestände, hat ebenfalls ihre Nachteile. Von 1230 privatisierten oder zu privatisierenden Firmen - meistens kleineren, mit weniger als 200 Angestellten, waren (Anfang Juni 1992) 695 technisch bankrott (*Prywatyzacja* 6, 1992: 2,5). Von den verbleibenden 535 Firmen wurden ganze 476, meistens von ihren Angestellten, geleast. Unter anderem werden diese Firmen durch die relativ hohen, variablen Mietsätze in den Bankrott getrieben (*Prywatyzacja* 6, 1992: 5). Von 171 untersuchten Firmen (der oben genannten 535), schafften es nur 11,7% in der ersten Hälfte des Jahres 1991, ihr Exportniveau gegenüber 1990 beizubehalten oder zu erhöhen (*Prywatyzacja* 1992: 24). In den ersten sechs Monaten des Jahres 1991 betrugen ihre durchschnittlichen Bruttoerträge 32,5% derjenigen des Vorjahres, und ihre Nettoerträge - betrugen 31,2% (*Prywatyzacja* 1992: 25). Das Verhältnis der Nettoeinkünfte zum Umsatz (exklusive Umsatzsteuer), fiel in diesen Monaten um durchschnittlich 5% - d.h. fast um die Hälfte (*Prywatyzacja* 1992: 35).

Die betreffenden Firmen sind genauer betrachtet vorwiegend im Besitz der Angestellten. Bei 42% der Firmen besitzt ein von der Belegschaft gegründetes Unternehmen 100% der Aktien, und bei 30% der Firmen besitzen die Angestellten individuell mehr als 51% der Aktien (*Prywatyzacja* 1992: 9,13). Würden die Arbeiter wirklich diese Firmen besitzen und kontrollieren, würde dies mit den Zielen der Privatisierungspolitik der Regierung kollidieren. Aus offizieller Sicht hat diese Eigentumsform »im Westen selten funktioniert und ist in Jugoslawien ein Desaster gewesen« (Manasian 1991: 15). Die Arbeiter würden versuchen, ihr gegenwärtiges Einkommen zu verbessern, würden ihre Profite verkonsumieren anstatt sie zu reinvestieren, usw.

Tatsächlich verfügen die Arbeiter in den genannten Firmen jedoch nicht über eine Aktienmehrheit. Ein Beispiel ist Pollena-Ewa, ein Hersteller von Toilettenartikeln. Im allgemeinen waren es, nach einer Studie der obersten Aufsichtsbehörde, die 88 Firmen untersuchte, stets firmeneigene Manager, die die Privatisierung einleiteten. Sie machten sich zu den Chefs der neugegründeten Unternehmen und verfolgten dort ihre Interessen (*Zycie Gospodarcze* 42, 1991: 7).

Zu diesem Zweck beuten sie oft steuerbegünstigte Stiftungen aus. Staatliche Unternehmen stecken Geld in diese Stiftungen und leihen es sich dann wieder zu geringen Zinssätzen. Angestellte, und insbesondere die Manager, können dann mit niedrig verzinsten oder gar zinsfreien Krediten die

Aktien ihrer Firma aufkaufen. Die Stiftungen, oder genauer gesagt deren Gründer und Treuhänder, erhalten eine Kompensation für ihre Dienste. Somit wäre es zutreffender, zu diese Firmen als Eigentum des Managements denn als Eigentum der Arbeiter zu beschreiben. Dies bestätigt eine weitere Studie, welche 115 durch Liquidation privatisierte Unternehmen untersuchte. Nach dieser Studie nahm die Zahl der Beschäftigten in denjenigen Firmen, deren Aktien vollständig im Besitz der Angestellten sind, um durchschnittlich 46% ab, während sie in den übrigen Firmen nur um 25% abnahm (*Zycie Gospodarcze* 2, 1992: 9). Wenn sich die Firmen wirklich in der Hand der Arbeiter befinden würden, wäre es doch sehr seltsam, wenn sich die Eigentümer selbst hinauswerfen würden. Aus der Sicht der Regierung, hat eine effiziente Management-Kontrolle viele Vorteile. Der Aktienbesitz der Angestellten führt üblicherweise zu einer Einschränkung des Handels mit diesen Aktien und verhindert so eine indirekte Einflußnahme von außen. Außerdem wird durch ein Management-buy-out Eigentum und Kontrolle wieder vereinigt, was eine starke Motivationsquelle darstellt (Filatotchev, Buck, Wright 1991: 4).

So weit so gut. Das Problem ist, daß die Arbeiter der privatisierten Firmen, wie auch der Großteil der Bevölkerung, diesen Privatisierungsweg nun verbittert ablehnen. Ende 1991 befürworteten nur 15% der befragten Angestellten die Privatisierung (*Zycie Gospodarcze* 19, 1992: 8). Sie lehnen die Privatisierung ab, weil sie deutlich sehen, wer die Hauptbegünstigten sind und welche Mißbräuche und dubiosen Insider-Geschäfte mit diesem angeblichen Arbeitereigentum verknüpft sind. Sie fühlen sich im bei diesem Eigentümerwechsel eher enteignet als begünstigt (*Zycie Gospodarcze* 19, 1992: 8). Dies entspricht der zunehmenden Desillusionierung der Bevölkerung über die Privatisierung. In einer Umfrage im August 1991 wurden Eigentumsübertragungen von der Mehrheit (55%) befürwortet (*The Warsaw Voice*, 15. Sept. 1991: 5), etliche Monate später befürwortete nur noch jeder dritte die Idee der Privatisierung (*The Warsaw Voice*, 27. Okt. 1991: 8).

Während es im Westen durchaus möglich ist, daß die Arbeitgeber kleine Besitzanteile dazu verwenden können, um die Motivation und Arbeitseinstellung der Arbeiter zu beeinflussen, ohne in irgendeiner Weise die Gesamtwirtschaft zu gefährden, liegen die Dinge in Polen (und den anderen osteuropäischen Ländern) nicht so einfach. Die mehr als 40jährige Existenz des sogenannten gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln hat die Denk- und Verhaltensweisen der Menschen tiefgehend verändert. Unter den polnischen Arbeitern leben die Ideen der Arbeiterselbstverwaltung und des kollektiven Eigentums weiter. Viele Teile der polnischen Arbeiterklasse sehen im Eigentum der Arbeiter an ihren Ar-

beitsbedingungen ein Ziel und nicht bloß ein Mittel zum Zweck und schon gar nicht ein Mittel zum Aufbau des Kapitalismus, der noch dazu besonders korrupt und inhuman ist.

Diese Schwierigkeiten wurden von den staatlichen Autoritäten nicht gesehen. Sie haben eine außerordentliche Chance verpaßt, den Arbeitern das Gefühl zu geben, daß sie eine Rolle in der laufenden Transformation spielen. Viele Arbeiter begrüßten anfangs das Privatisierungskonzept, das zum Angestellten-Eigentum führen sollte. Sie wurden enttäuscht und sind heute hinsichtlich der Privatisierung völlig desillusioniert. Der Mythos einer Demokratie von Aktienbesitzern ist angesichts des massiven Arbeitskräfteüberschusses und den fehlenden positiven Veränderungen der Verhältnisse am Arbeitsplatz völlig unglaubwürdig. Stattdessen wurde selbst die eingeschränkte Beteiligung der Arbeiter, welche unter dem früheren Regime eingeführt wurde, noch weiter beschnitten.

9. Nach der Euphorie - die Desillusionierung

Wie schon gesagt, betrachteten viele Arbeiter die Solidarnosc-geleitete Regierung zunächst als »ihre« Regierung. Diese nutzte die anfängliche Sieges euphorie über das alte Regime, um ihr kapitalistisches Transformationsprogramm voranzutreiben. Doch der Enthusiasmus wich schnell, als die Kosten des Übergangs und deren ungleiche Verteilung sichtbar wurden. Bei einer Umfrage meinten 60% der Befragten, daß gewisse Gruppen bei der laufenden Transformation unfaire Vorteile hätten (*The Warsaw Voice*, 9. Feb. 1992: 6). Von diesen Gruppen wurde angenommen, daß sie mit den »Machtstrukturen« assoziiert seien und daß ihre Privilegien auch die Möglichkeit zur Gründung von Privatfirmen (oft unter Verwendung von öffentlichen Geldern) umfassten. Somit stellte eine weitere prokapitalistische Maßnahme, die Verwandlung von politischem Kapital in ökonomisches Kapital, einen Boomerang gegen die Regierung dar, weil sie die verbreitete Unzufriedenheit mit den politischen Eliten verstärkte. Zygfryd Regulski, ein Solidarnosc-Aktivist, sprach vielen aus dem Herzen, als er sagte: »Die neuen Eliten sind schlimmer als die Kommunisten. Sie hintergehen und plündern unverhohlen das Land. Die Arbeiterklasse hat jetzt nur das Recht auf Hunger, Armut und Arbeitslosigkeit« (*The Warsaw Voice*, 22. März 1992: 4).

Die verschiedenen Regierungen waren bisher zumindest darin erfolgreich, die Bevölkerung zu zwingen, die Kosten der Transformation zu tragen. Aber dabei haben sie die Verbitterung und Frustration von Millionen von Polen hervorgerufen. Diese Unzufriedenheit mit der ökonomischen Reform und dem Establishment von Solidarnosc im allgemeinen offenbarte

sich nicht nur in Meinungsumfragen oder in Streiks und Protesten, sondern auch im Wahlverhalten der Polen. In den Kommunalwahlen von 1990, den ersten freien Wahlen seit den 20er Jahren, bemühte sich nicht einmal die Hälfte der Bevölkerung zur Urne. Diese niedrige Wahlbeteiligung ist ein eindeutiger Ausdruck von Entfremdung und Frustration. Während der Präsidentschaftswahlen vom Herbst 1990 wurde der damalige Premierminister Mazowiecki durch den »Mann aus dem nirgendwo«, Stanislaw Tyminski, vernichtend geschlagen. Etwa 3.6 Millionen Wähler waren von der harschen Kritik an der Regierungspolitik und der Privatisierung sowie dem Versprechen von Arbeit für alle, die in Tyminskis Kampagne enthalten war, begeistert. Ein Jahr später nahmen nur etwa 43% der Wahlberechtigten an den ersten Parlamentswahlen teil, und die postkommunistischen Parteien nahmen dabei den zweiten und dritten Platz ein. Der Premierminister der abdankenden Regierung nannte das Resultat ein »Votum gegen die Marktwirtschaft«.

All dies zeigt, wie schwach und anfällig der polnische Kapitalismus noch immer ist. Den prokapitalistischen Regierungen ist es nicht gelungen, eine breite Basis in der Gesellschaft aufzubauen. Der Prozeß der Privatisierung ist reversibel. Im Allgemeinen hat der Kapitalismus in der polnischen Erde keine Wurzeln schlagen können. Trotzdem gibt es ganz bestimmte Faktoren, wie die Außenschuld, die Vereinbarungen mit dem IWF und der Weltbank und das Abkommen mit der EG, welche stark genug sind, die Einbindung Polens in das weltkapitalistische System zu garantieren, egal ob Polen dies will oder nicht.

Literatur

- Carchedi, G. (1991): *Frontiers of Political Economy*. London: Verso.
- Collins, S.; Rodrik, D. (1991): *Eastern Europe and the Soviet Union in the World Economy*, Washington D.C.: Institute for International Economics.
- Filatow, I.; Buck, T.; Wright, M. (1991): *Privatizations and Buy-Outs in the USSR*. Conference on Privatization: University of St. Andrews.
- Haynes, M. (1992): Class and Crisis - the Transition in Eastern Europe, in: *International Socialism 5*, Spring.
- Manasian, D. (1991): Business in Eastern Europe, in: *Economist*, September.
- Prywatyzacja przedsiębiorstw państwowych* (1992), Warszawa: Instytut Badawczo-Doradczy Zmiany, April.
- Seddon, M. (1990). Privatization in Eastern Europe, in: *European Management Journal*, 8:4, December.

Aus dem Englischen übersetzt von Ann Stafford